

Herausgeber: Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH · Verantwortlich für den Inhalt: Carl L. Guggomos · Redaktion und Verlag: 1000 Berlin 15, Wielandstraße 27, Telefon 8 83 40 74 · Dieser Dienst ist nur für persönliche Information bestimmt · Zeitungs-, Funk- und Fernsehredaktionen setzen sich wegen Nachdruck und sonstiger Auswertung mit der Redaktion in Verbindung · Bezugsbedingungen: Inland monatlich DM 5,00 (inklusive Porto); Ausland: Inlandsabonnement plus Porto · Bankverbindung: Bank für Gemeinwirtschaft Berlin, Konto 47 12 (Postschecknummer der BfG 828 00)

17. Februar 1968 - 14/11
Einzelpreis DM 0.75

VERWALTUNGSGERICHT: DEMONSTRATIONEN MÜSSEN GENEHMIGT WERDEN

Eine schwere Niederlage erlitt der Westberliner Senat am gestrigen Freitagvormittag. Das Verwaltungsgericht entschied, daß die Praxis der Westberliner Polizei, Demonstrationen nicht zu genehmigen, nicht verfassungskonform ist. Das Gericht erklärte, eine vom Senat versagte Kundgebungsgenehmigung für die Humanistische Union und die Humanistische Studentenunion am 6. Juni 1967 war rechtswidrig. Eine Genehmigung für eine Demonstration müsse grundsätzlich erteilt werden; versagt werden könne sie nur, wenn Tatsachen (nicht etwa Vermutungen) bekannt seien, die den ordnungsgemäßen Ablauf der Demonstration stören müßten (nicht etwa könnten). Störungen, die nicht in die Verantwortung der Veranstaltungsleitung fielen, könnten nicht Anlaß zu einer Nichtgenehmigung sein. Die Polizei habe in diesem Falle auch die Veranstalter und den von ihnen vorgesehenen Ablauf der Veranstaltung zu schützen.

REPUBLIKANISCHER CLUB: SENATSMASSNAHMEN NUTZEN NPD

Nach der Pressekonferenz des Regierenden Bürgermeisters Klaus Schütz gab der Vorstand des Republikanischen Clubs folgende Erklärung ab:

"Der Republikanische Club fordert vom Senat, daß er den Polizeipräsidenten anweist, die Polizeibeamten ohne Schußwaffen zum Einsatz zu kommandieren. Auch die zur Beobachtung der Demonstration eingesetzten Kriminalbeamten dürfen keine Pistolen tragen. Der Senat von Berlin hat sich trotz aller Warnungen und Proteste aus dem In- und Ausland in der Frage der Genehmigung der beabsichtigten Vietnam-Demonstration am 18. 2. 68 uneinsichtig gezeigt. Noch in letzter Minute hat am Freitagvormittag das Verwaltungsgericht entschieden, daß Demonstrationen grundsätzlich genehmigt werden müssen. Nur wenn Tatsachen und nicht nur vage Vermutungen bekannt seien, die eindeutig darauf hinweisen, daß der ordnungsgemäße Ablauf gestört werde, kann diese Genehmigung verweigert werden. Diese klare Interpretation des Versammlungsgesetzes nahm der Senat auf einer darauffolgenden Pressekonferenz nicht zur Kenntnis, sondern verdrehte den Gerichtsbeschuß zu einer Zustimmung für seine Maßnahmen. Der Senat handelt damit eindeutig gegen eine klare richterliche Entscheidung und hat bewußt die letzte Möglichkeit, eine Konfrontation zu vermeiden, ausgeschlagen.

Es kann daher kein Zweifel mehr daran bestehen, daß er eine Kraftprobe mit den demokratischen Kräften in Westberlin mutwillig herbeiführen will. Dem Senat ist damit eindeutig bekannt, daß er sich nicht mehr auf das Recht, sondern nur auf die Macht seiner Polizeitruppe stützen kann.

Es ist kein Geheimnis, daß sich die führenden Kreise in der Westberliner SPD trotz des leidenschaftlichen Widerstandes des linken Parteiflügels und der zur Vernunft mahnenden Intervention des Bundesjustizministers Heinemann zu der Kraftprobe entschlossen haben, um der von der Springer-Presse systematisch erzeugten Pogromstimmung in der West-

berliner Bevölkerung entgegentzukommen. Sie fürchten, die nächsten Wahlen in Westberlin an die CDU bzw. NPD zu verlieren, die den irregeleiteten Bürgern ein "strenges Regime" gegen die "Krawallmacher" versprechen.

Wir weisen den Senat und die demokratischen Teile der Westberliner Bevölkerung noch einmal nachdrücklich darauf hin, daß die einzige Kraft, die eine Entwicklung nach rechts und damit auch zur NPD in Westberlin aufzuhalten vermag, die organisierte Linke darstellt. Erst die angekündigte Zerschlagung und Unterdrückung der Linken wird der Rechten nutzen."

GESPRÄCH SCHÜTZ - SCHARF: KIRCHEN STEHEN DEMONSTRANTEN OFFEN

Nach einem Gespräch, das der evangelische Landesbischof Scharf und Günter Grass mit dem Regierenden Bürgermeister Schütz am Freitagvormittag führten, haben "führende Männer der Kirche" gemeinsam mit den Organisationen des SDS, des SHB und der HSU einen neuen Antrag für eine Demonstration am Sonntag gestellt. Bischof Scharf hatte Schütz zwei Vorschläge unterbreitet: Entweder eine Demonstration von der City zur FU oder einen Protestmarsch auf dem Kurfürstendamm zu genehmigen. Schütz erklärte sich für unzuständig ("Das ist Polizeisache"), er selber würde aber diese Vorschläge ablehnen.

Die Kirchenleitung hat nach ihrer neuesten EntschlieÙung zum Vietnam-Problem Bittgottesdienste für den Frieden in Südostasien für Sonnabend und Sonntag angesetzt. Außerdem sollen am Sonntag die evangelischen Kirchen ihre Tore offenhalten, um verfolgten Demonstranten Zuflucht zu gewähren.

"Auftakt" zur Vietnamkonferenz war ein "Raketenbeschuß" des amerikanischen Viertels in Zehlendorf, vor allem der US-Kasernen. In der Nacht zum Freitag wurden etwa 20 Flugblattraketen über dem US-Gelände abgefeuert. Auf den Flugblättern wurden die GIs aufgefordert, den Kriegseinsatz in Vietnam zu verweigern; auf anderen Flugblättern wurden die farbigen US-Bürger auf die Gleichartigkeit des Kampfes der amerikanischen Neger und der Vietnamesen um Gleichberechtigung und Selbstbestimmung hingewiesen.

SOLIDARISIERUNG VERSTÄRKT SICH: JETZT AUCH RHEIN-MAIN-GEBIET

Die Solidaritätsadresse nordrhein-westfälischer Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsratsvorsitzender an die demokratische Studenten- und Schülerbewegung, in der zum gemeinsamen Kampf gegen den autoritären Staat aufgerufen wird (siehe EXTRA-Dienst 13), hat auch im Rhein-Main-Gebiet ein lebhaftes Echo gefunden. Unterzeichnet haben jetzt dort die Adresse u. a.: Der 1. Bevollmächtigte der IG Metall Marburg, die Frankfurter Bezirksjugendsekretäre der ÖTV und der HBV, der 1. Bevollmächtigte der IG Metall Darmstadt, der hessische DGB-Landesjugendsekretär, der Bezirkssekretär der Postgewerkschaft in Hessen, die Betriebsratsvorsitzenden der Firmen Daimler-Benz Bad Homburg, Honeywell Hanau, Brenner Neu-Isenburg, Spinnfaser KG Kassel und Fredenhagen Offenbach, über 20 Sekretäre der Gewerkschaften IG Metall, IG Chemie, IG Bau, Steine, Erden, HBV, Druck und Papier aus den Kreisen Frankfurt, Darmstadt, Hanau, Marburg, Neu-Isenburg, Kassel und Offenbach.

PETER WEISS: NIE MIT TAGESSPIEGEL GESPROCHEN

Der Dramatiker Peter Weiß dementierte am Freitagnachmittag in der Redaktion des EXTRA-Dienstes, er habe einem "Tagesspiegel"-Redaktionsmitglied gegenüber erklärt, er werde nicht am Vietnamkongreß teilnehmen (so meldete am Donnerstag das Westberliner Blatt). Weiß: "Ich habe dem 'Tagesspiegel' gegenüber keine Erklärung abgegeben, auch kein Interview." Und: "Ich muß nach Frankfurt, wo mein Vietnam-Stück inszeniert wird. Ich hoffe, an der Demonstration und an der Kundgebung teilnehmen zu können. Ich werde es tun, wenn ich in Frankfurt nicht dringend zurückgehalten werde."

VATIKAN-DELEGATION: NACH SAIGON UND HANOI?

Gut unterrichtete katholische Kreise, so der interne klerikale Informationsdienst Schwarzer Brief (München), wollen erfahren haben, daß im Vatikan die Entsendung einer Friedensdelegation des Papstes nach Vietnam fest beschlossen worden ist. Als Leiter der

Delegation soll der Wiener Kardinal König fungieren. Monsignore Hüssler, Generalsekretär des deutschen Caritasverbandes, der schon einmal in Hanoi war, soll König begleiten. Monsignore Igino Cardinale hat in London mit Vertretern der dortigen Botschaft der UdSSR Verbindung aufgenommen, um sich "einer gewissen sowjetischen Unterstützung" zu versichern.

DROHUNG DER WOCHE

Eine junge Studentin, die in Friedenau in Untermiete wohnt und, mit Genehmigung der Wirtin, dann und wann den Besuch ihres Freundes erhält, bekam per Postkarte folgende Drohung zugestellt, nachdem in ihrem Hausflur ein Flugzettel für die bevorstehende Vietnamkonferenz angeklebt worden war:

"Die Vietkongs leben unter uns und nun fängs noch in unserem Haus an! Wenn Sie nicht darauf halten, daß unser Haus sauber bleibt, machen wir Ihnen und Ihrem Gesindel das Leben hier zur Hölle, das können Sie glauben!

Man könnte Sie auch wegen Kuppelei anzeigen, denn es geht ja bei Ihnen sowieso wie im Saustall zu! Glauben Sie ja nicht, daß Sie nicht beobachtet werden, es fehlt nur der richtige Aufhänger zu zuzugreifen!

Wir warnen Sie sehr und Ihre Komplizen. Gez: 'Die Vergeltung' "

WITZ DER WOCHE:

Als Witz der Woche, über den man allerdings nur mühsam lachen kann, stellte sich die Begründung für die Ablehnung eines Kriegsdienstverweigerers in München heraus. Beim Prüfungsausschuß II des Kreiswehrrersatzamtes München wurde der Kriegsdienstverweigerer Jürgen R. vom Vorsitzenden des Ausschusses gefragt, ob er in einem Sportverein sei. Die Antwort: "Ja, ich spiele als Stürmer und auch als Verteidiger in einem Fußballverein". Der Antrag des Kriegsdienstverweigerers wurde daraufhin abgelehnt. Im schriftlichen Bescheid des Regierungsrats Sponheimer, Major der Reserve und Vorsitzender eines Soldatenverbandes, hieß es: "Der Wehrpflichtige Jürgen R. kann kein friedliebender Mensch sein, da er Fußball spielt, und beim Fußball geht es roh zu."

KAISER-WILHELM-GEDÄCHTNISKIRCHE: ZWEIERLEI MASS BEI DER JUSTIZ

Die Vorfälle in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche werden von der Justiz in Westberlin offensichtlich recht unterschiedlich behandelt. Noch immer dauern die Ermittlungen gegen Rudi Dutschke an, der am Heiligabend von Prügel-Christen der Gemeinde verletzt worden war. In einem anderen Fall stellte der Oberstaatsanwalt Severin, Leiter des politischen Ressorts beim Generalstaatsanwalt, die Ermittlungen gegen den Kirchendiener Gerhard Bruhn ein. Bruhn war von dem 2. AStA-Vorsitzenden an der FU, Bernhard Wilhelmer, wegen Körperverletzung und Sachbeschädigung angezeigt worden: Wilhelmer war am 12. November 1967 Zeuge der brutalen Behandlung eines jungen Christen. Dieser Protestant hatte vor Beginn des Gottesdienstes die Gemeinde aufgefordert, ihre Weigerung, die Kirche der Evangelischen Studentengemeinde zur Verfügung zu stellen, noch einmal zu überdenken. Der AStA-Vize fotografierte, als zwei Kirchendiener den Protest-Protestanten im Polizeigriff aus dem Kirchenraum schleppten. Daraufhin schlug Kirchendiener Bruhn Wilhelmer die Kamera aus der Hand und beschädigte sie. Der Film wurde dabei unbrauchbar. Wilhelmer selbst wurde zu Boden gestoßen. Severin teilte dem Anzeigenden jetzt mit: "Nach den durchgeführten Ermittlungen vermag ich ein öffentliches Interesse der von Ihnen angezeigten Delikte nicht zu erkennen. Unabhängig davon, ob der von Ihnen angezeigte Sachverhalt sich tatsächlich so abgespielt hat, ... ist der durch die angezeigten Handlungen gestörte Rechtsfrieden auf das Inneré der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche beschränkt. Bei dieser Sachlage vermag ich ein Interesse der Allgemeinheit an einer Strafverfolgung nicht zu erkennen. Ich habe daher das Verfahren eingestellt."

BDI: VORBEDINGUNGEN FÜR WESTBERLIN-HILFE

Der Bundesverband der deutschen Industrie (BDI) hat, wie aus Kreisen der SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses zu erfahren ist, dem Senat drei Bedingungen gestellt, ohne deren Erfüllung der zur Unterstützung der Wirtschaft eingerichtete "Arbeitskreis Berlin" gar

nicht erst "tätig" werden will. Die Forderungen: Westberlin dürfe keine "politischen Extratouren" reiten, insbesondere wünscht der BDI die Unterbindung einer weiteren Einbeziehung Westberlins in den Osthandel. Vom Senat wird ferner die Schaffung eines "besseren psychologischen Klimas" verlangt. Die "Spannungen mit den Studenten müssen liquidiert" werden. Unter diesen Bedingungen sei der "Arbeitskreis Berlin" zu folgenden Unterstützungsmaßnahmen bereit: 1. Errichtung von Zweigbetrieben in Westberlin anstelle eines Ausbaus der Positionen westdeutscher Stammfirmen, wobei vor allem, unter Hinweis auf die Berlin-Präferenzen, die mittelständische Wirtschaft bevorzugt auftreten soll. 2. Errichtung einiger Institute, die mit staatlichen Mitteln gebaut werden und die durch die Wirtschaft später über Forschungsaufträge finanziert werden sollen. 3. Anlage von Spekulationsgeldern in Westberlin - Haus- und Grundbesitz, Neubauvorhaben. Dieses Mini-Programm ergibt sich, nach Ansicht der bereits erwähnten SPD-Kreise, vor allem auch aus der Tatsache, daß im "Arbeitskreis Berlin" diejenigen Konzernbetriebe vertreten sind, die in der zurückliegenden Zeit ihre wichtigsten Abteilungen in die Bundesrepublik verlagert haben. Kontakte des BDI mit der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände hätten ergeben, daß Untersuchungen der Bundesvereinigung kein Investitionsinteresse westdeutscher Unternehmer ohne eine "Absicherung der politischen Situation" feststellen konnten.

MITTELSTÄNDISCHE KREISE: STEUERSTREIK ERWOGEN

Eine interne Besprechung von Verbandsfunktionären des gewerblichen Mittelstandes in Beuel bei Bonn hat sich mit "Maßnahmen gegen die Bonner Steuerschraube" befaßt und dabei den Steuerstreik als "legal" bezeichnet. Nach der Ergebnislosigkeit von Verhandlungen der Lobbyisten sollte, ähnlich wie der Streik bei Gewerkschaften, auch dieses Mittel des "Kampfes" angewendet werden. Es bestünde ein direkter Zusammenhang zwischen Besteuerung und politischem Geschehen; das politische Geschehen sei gekennzeichnet durch den Import der Steuerinflation aus den USA, "wo die Steuern in den letzten acht Jahren verdoppelt wurden, ohne daß irgendwelche sozial- oder außenpolitischen Erfolge zu verzeichnen gewesen seien". Da mit dem von einer "gekauften Regierung und gekauften Werbeagenturen gekauften Papier des Wahlzettels" die Katastrophenentwicklung nicht zu bremsen sei, bleibe als einziges legales Mittel zur ständigen Richtungskontrolle der demokratische Steuerstreik. - Bonner Beobachter werten diese mittelständische Aktion zwar als "bedrohliches Symptom einer um sich greifenden Staatsverdrossenheit und Anti-Parteien-Stimmung", geben dem Steuerstreik aber keine Chance, da es kaum organisatorische Möglichkeiten dafür gebe.

WESTBERLINER BUCHBINDER: SARTRE UND WEISS ABGELEHNT

Der Westberliner Voltaire-Verlag, der zur Internationalen Vietnamkonferenz am Wochenende eine Neuauflage seiner Flugschriften Peter Weiß: "Vietnam" und Jean Paul Sartre: "Warum ich nicht nach Amerika fahre" herausbringen wollte, sah sich Mitte dieser Woche politischer Pression ausgesetzt. Die Buchbinderei Aden in der Kreuzbergstraße, mit der ein Vertrag bestand, verweigerte dem Voltaire-Drucker Zahl plötzlich die Herstellung. "Die sollen lieber mal was über die Mauer machen", wurde der Druckerei erklärt. Mit einem Regress-Prozeß bedroht, erklärte sich die Buchbinderei zögernd bereit, die Buchbinderarbeiten zu übernehmen. Am nächsten Tag erfolgte dann die Mitteilung, der Auftrag könnte "wegen Maschinenschaden" nicht durchgeführt werden.

HAMBURGER PROTEST-AUSSTELLUNG: SPRINGER UND KRIPO INTERVENIEREN

Der Hamburger Rechtsanwalt Kurt Groenewold stellte acht Schaufenster des ehemaligen Kaufhauses Kepa, über die er frei verfügen konnte, dem SDS für eine Ausstellung zur Verfügung, in der gegen die Notstandsgesetzgebung, den Vietnamkrieg und seine Unterstützung durch die Bundesregierung sowie gegen den Mißbrauch der Pressefreiheit durch den Springer-Konzern protestiert wurde. Die Ausstellung lief vom 21. Dezember letzten Jahres bis Mitte Januar 1968. Zahlreiche Hamburger Bürger fanden sich vor den Schaufenstern zur Diskussion ein und spendeten Geld für die Vietnamesische Befreiungsfront. Am 22. Dezember suchte ein Beamter des 4. Kommissariats der Hamburger Kripo

Groenewold auf und erklärte: Das auf einem Plakat gezeigte Hakenkreuz verstößt gegen das Strafgesetzbuch; nationalsozialistische Embleme dürfen nicht gezeigt werden. Das Plakat müsse daher entfernt werden. Groenewold und der SDS lehnten das ab und erklärten sich nur bereit das Plakat zu entfernen, wenn ein amtsrichterlicher Beschluß vorliege. Sie gaben zu bedenken, daß NS-Embleme laut § 96 a StGB gezeigt werden dürfen, wenn dies "im Rahmen der staatsbürgerlichen Aufklärung, der Abwehr verfassungswidriger Bestrebungen und ähnlicher Zwecke" erfolgt. Die Kripo ließ sich daraufhin nicht mehr sehen.

Die zweite Intervention kam aus dem Hause Springer. Ein Anzeigenvertreter des "Hamburger Abendblatts" fragte an, ob die "gegen unser Haus" gerichtete Ausstellung noch liefe. Sein Verlag sei bereit, die Schaufenster zu mieten. Da die Ausstellung zu diesem Zeitpunkt bereits beendet war, erübrigte sich das wohl: Springer mietete die jetzt leer stehenden Schaufenster nicht an.

BAYERNKURIER: ALS DEUTSCHER KURIER ÜBERALL

Das CSU-Zentralorgan von Franz Josef Strauß, der "Bayernkurier" (derzeitige Verkaufsaufgabe 95 000), beabsichtigt nach vertraulichen Informationen aus München alsbald den Ausbau zur überregionalen Zeitung für die Bundesrepublik. Außerhalb Bayerns soll der Titel "Deutschlandkurier" oder "Deutscher Kurier" lauten. Beim Verlag sollen gegenwärtig pro Tag 50 Bestellungen eingehen, die nicht aus Bayern kommen. Das CSU-Organ versteht sich als ostpolitische Bremse und versucht jetzt bereits den Wahlkampfauftakt gegen die SPD auf Bundesebene zu geben.

AUSSERPARLAMENTARISCHE OPPOSITION: NEUES BLATT

Unter dem Titel "Außerparlamentarische Opposition - Informationen für Demokratie und Abrüstung" ist jetzt die erste Ausgabe einer neuen Monatspublikation erschienen. Herausgeber ist die "Kampagne für Demokratie und Abrüstung" (605 Offenbach 4, Postfach 648). In der ersten Ausgabe wird ausführlich über die Aktionskonferenz der Außerparlamentarischen Opposition Mitte Januar in Essen berichtet; u. a. finden sich die dort gehaltenen Referate der Westberliner Prof. Wilfried Gottschalch, Dr. Klaus Meschkat und Carl L. Guggomos.

KÖLN: EINSCHRÄNKUNG DES RECHTS AUF MEINUNGSÄUSSERUNG

In jüngster Zeit mehren sich in der Bundesrepublik die Verbote kommunaler Behörden gegen die Verbreitung von Flugblättern mit politischem Inhalt. Meist wird das Verbot mit der kommunalen Straßenordnung begründet. Die Stadt Köln untersagte beispielsweise der Kampagne für Demokratie und Abrüstung die Verteilung eines Flugblatts zum Krieg in Vietnam mit folgender Begründung: "Dem Antrag auf Erteilung einer Ausnahmegenehmigung nach §§ 5 (2), 12 der Straßenverkehrsordnung kann leider nicht stattgegeben werden, weil das Verteilen von Werbematerial, Handzetteln usw. erfahrungsgemäß zur Verunreinigung der Straßen führt und außerdem ein allgemeines öffentliches Interesse nicht gegeben ist. Ausnahmen von dieser Bestimmung werden für die Tätigkeit von Parteien, politischen Organisationen usw. nur für die Dauer eines Wahlkampfes in einem Zeitraum von etwa vier Wochen vor dem Wahltage zugelassen. Zu bemerken ist, daß das Grundrecht der freien Meinungsäußerung durch diese Bestimmung nicht eingeschränkt wird." Die Kampagne bezog sich auf den letzten Satz und machte vom Recht der freien Meinungsäußerung Gebrauch: Sie verteilte die Flugblätter trotz Verbot und teilte den Behörden dies in einer Stellungnahme mit.

NPD-ANFRAGE IN KIEL: VORSTOSS GEGEN "RES NOSTRA"

Der NPD-Landtagsabgeordnete Dr. Rheingans fragt in Drucksache 199 die Schleswig-Holsteinische Landesregierung, wie diese die in der Kieler Studentenzeitung "res nostra" "gegen Professoren der Universität Kiel erhobenen Vorwürfe im Sinne einer angeblichen Belastung aus der Zeit von 1933 bis 1945" beurteile. Ferner: "Ist die Landesregierung bereit, allen Versuchen einer 'indirekten Entnazifizierung' entschieden entgegenzutreten, und was hat die Landesregierung bisher unternommen?" Die Antwort auf diese am 30.1. (!) gestellte Anfrage steht noch aus.

HINWEISE DES REPUBLIKANISCHEN CLUBS

MONTAG, 19. 2., 20 Uhr, setzt Peter Schilinski, Herausgeber der Zeitschrift "Das mitteleuropäische Deutschland", seine Diskussion "Was ist eine konkrete Utopie und wie könnte sie aussehen" fort. - Die Veranstaltung wird u. U. durch ein aktuelleres Thema ersetzt werden.

DONNERSTAG, 22. 2., 20 Uhr: Im Arbeitskreis "Bürokratie und Rätssystem" referiert Willy Huhn zum Thema "Rußland 1917 - 1921".

FREITAG, 23. 2., 20 Uhr, findet die nächste "Club-Diskussion" statt. Thema und Referent werden noch bekanntgegeben.

III. FERNSEHPROGRAMM: AUSSERPARLAMENTARISCHE OPPOSITION IM FORUM

Im III. Fernsehprogramm des NDR/SFB/RB zeigen in der Reihe "Forum" am Dienstag, 20. Februar, Ulrike Meinhoff und Herbert Hausen Kurzfilme zum Thema "Bessere Demokraten oder Anarchisten". Dazu diskutieren Wolfgang Lefèvre (SDS) und die Journalisten Körting (Rias), Engert (Abend) und Guggomos (EXTRA-Dienst). BZ-Chefredakteur Kogge und der CDU-Abgeordnete Wohlrabe hatten es abgelehnt, mit Lefèvre und Guggomos zu diskutieren, da sie "geistige Urheber der Steinwürfe auf die Morgenpost-Filialen" seien.

EXTRA-DOKUMENTATION

SPD CHARLOTTENBURG: INTERNATIONALE GARANTIE FÜR WESTBERLIN

EXTRA-Dienst dokumentiert nachstehend den Antrag zur Westberlin-Politik des linken Kreises Charlottenburg, der in fast gleichlautender Fassung auch vom Kreis Kreuzberg vorgelegt wurde. Der Antrag wurde vom Landesparteitag zwar abgelehnt. Er erscheint aber bedeutsam, weil sich mit diesem Antrag die linke Fraktion der Westberliner SPD erstmals dafür einsetzt, den Status Westberlins - wie dies auch die Außerparlamentarische Opposition verlangt - nicht allein durch die drei Westalliierten, sondern auch durch BRD, DDR, UdSSR und weitere Staaten, also solche der NATO und des Warschauer Paktes, absichern zu lassen.

Nr. 80 Europäische Friedensordnung und Deutschland-Politik

Der Bundesparteitag möge beschließen:

In der internationalen Diskussion werden die Probleme der Deutschland-Politik heute im Zusammenhang mit der Schaffung eines europäischen Sicherheitssystems gesehen. Die Fragen des Status von Berlin und des Verhältnisses der beiden deutschen Teilstaaten belasten jedoch die notwendige europäische Lösung. Soll die deutsche Politik nicht erneut in eine Isolierung geraten, muß ein Weg gefunden werden, der die europäischen und weltpolitischen Aspekte der deutschen Frage, die Sicherheits- und Friedensbedürfnisse anderer Völker ebenso berücksichtigt wie die berechtigten Interessen der Menschen in beiden Teilen Deutschlands.

Wir Sozialdemokraten erklären dazu, daß es keinen Ort, keinen Zeitpunkt, keinen Verhandlungspartner und keinen Gesprächsgegenstand gibt, die Verhandlungen zwischen den Regierungen der beiden deutschen Teilstaaten ausschließen.

In der Absicht, das politische Gespräch in der Partei zu versachlichen, geben wir zu den wichtigsten anstehenden Problemen folgende Erklärung ab:

1. Die SPD erkennt die als Folge des deutschen Angriffskrieges im Jahre 1945 entstandenen Ostgrenzen an.
2. Sie steht auf dem Standpunkt, daß das Münchener Abkommen von Beginn an null und nichtig ist.
3. Die SPD lehnt jede Beteiligung der BRD an atomarer Bewaffnung ab. Hierdurch darf keine Behinderung der friedlichen industriellen Forschung eintreten.
4. Die Bevölkerung Deutschlands wird von beiden Teilstaaten nach wie vor als eine Nation betrachtet. Die SPD sieht keine Veranlassung dafür, daß die Beziehungen zwischen den beiden

deutschen Regierungen völkerrechtlichen Charakter tragen sollen.

5. Die Anerkennung der Existenz zweier deutscher Teilstaaten schließt jeden Alleinvertretungsanspruch aus. Die Erklärung Willy Brandts in Bukarest über die beiden gewachsenen Ordnungen in Deutschland ist für die SPD wegweisend.

6. Status und Sicherheit West-Berlins beruhen auf der Anwesenheit der drei Alliierten. Gemäß dem Willen der Bevölkerung müssen innerhalb der alliierten Verantwortung die politischen, ökonomischen und rechtlichen Bindungen zur Bundesrepublik gewährleistet bleiben.

7. Der Berliner Senat muß über die bestehenden Sicherheiten hinaus eine Politik betreiben, die die internationale Anerkennung des Status von Berlin durch die beiden deutschen Teilstaaten, die vier Alliierten und die Nachbarstaaten weiter ausbaut.

8. Eine internationale Garantie wird nur dann möglich und wirksam sein, wenn Beziehungen zwischen den beiden deutschen Teilstaaten und deren Regierungen die immer intensiveren Beziehungen zwischen den ost- und westeuropäischen Staaten ergänzen.

9. Die weitere Entwicklung West-Berlins am äußersten Rande der EWG und außerhalb der europäischen Wirtschafts- und Verkehrsströme über weitere Jahrzehnte hinaus ist nicht möglich. Berlin muß in die Wirtschaftsbeziehungen zwischen EWG, Efta und RGW (Comecon) einbezogen werden.

10. Deshalb erklären die SPD und ihre Vertreter in Regierung und Parlamenten ihren Willen, sich für Verhandlungen zwischen den Regierungen der beiden deutschen Teilstaaten einzusetzen; sie dienen der verstärkten Sicherung West-Berlins und der Entspannung zwischen den deutschen und europäischen Staaten. Nur diese Politik dient den Interessen der deutschen Bevölkerung.

HINWEISE DER REDAKTION

IM PRISMA, Berlin 52, Scharnweberstraße 17-20, laufen derzeit "Tschechische Wochen". In der Galerie zeigt Jiri Naceradsky Grafiken und Ölbilder; kommenden Donnerstag, (22. 2.) spielt das Dvorak-Quartett, Freitag (23. 2.) findet eine politische Diskussion zwischen Deutschen und CSSR-Gästen statt, Sonnabend (24. 2.) läuft der Spielfilm "7 Totgeschlagene", Sonnabend (2. 3.) treten die literarische Weinstube Viola Prag und die Jazz-Combo Ustri auf, Beginn jeweils 20 Uhr.

MONTAG, 19. Februar, 20. 30 Uhr, lesen Mirjam Treitel und Wilfried Norden im Reichskabarett Michael Helveth und Allan Ginsberg ("Das Geheul").

ENDE MÄRZ wird das neue Programm des Reichskabarett's Premiere haben, wie uns die Kabarettleitung mitteilt.

DIE AUSSERPARLAMENTARISCHE OPPOSITION heißt ein Buch des Münchener Publizisten Rolf Seeliger, das ab sofort im Buchhandel (auch in der Bücherstube des Republikanischen Clubs) zu haben ist. Versucht wird eine "politische Bilanz", vorgestellt werden die wichtigsten Gruppen der Opposition in "Porträts". Der Umfang des Buches: 200 Seiten.

EXTRA-DOKUMENTATION

AKTION GI: FLUGBLATT FÜR SOLDATEN IN WESTBERLIN

Im Rahmen der Internationalen Vietnamkonferenz in Westberlin an diesem Wochenende werden im amerikanischen Wohnviertel Flugblätter in englischer Sprache für die in Westberlin stationierten US-Soldaten und deren Angehörige verteilt. EXTRA-Dienst veröffentlicht die deutsche Übersetzung:

"Die Militärs sagen: Wir verteidigen in Südvietnam die Freiheit gegen die kommunistische Aggression. Aber: Wer sind die Vietcong? Wären sie nur Terroristen, hätten dann nicht fünf Jahre sowie mehr als eine Million alliierter und südvietnamesischer Regierungstruppen ausgereicht, um sie zu stoppen? Sie lassen sich aber nicht stoppen. Und kein Ort in Vietnam ist sicher - nicht einmal Saigon, nicht einmal die brandneue, erstklassige und kugelsichere amerikanische Botschaft. Warum?

Die Militärs sagen hinter vorgehaltener Hand: Bei uns sind die 'schlechten' Vietnamesen. Unsere Kerle wollen nicht kämpfen, wollen kein Risiko eingehen. Man kann ihnen nicht trauen (wie keinem Asiaten). Aber: Der Vietcong ist auch ein Asiate. Er ist auch Vietnamesen. Er kämpft aber wie ein Berserker - obwohl er in jeder Hinsicht unterlegen ist. Warum?

Die Militärs sagen: Die Nordvietnamesen sind die Aggressoren - sie leiten das ganze von Hanoi aus. In der Schlacht von Saigon waren die Hälfte der Truppen reguläre nordvietnamesische Einheiten. Aber: Wenn sie allein kämpfen müßten, wie hätten dann 50 000 Mann nordvietnamesischer Truppen den Krieg so zu ihren Gunsten wenden können, obwohl wir ihnen in der Mannschaftsstärke und Feuerkraft 25 : 1 überlegen sind? Wie könnten sie sich in die Zentren von Saigon, Dalat, Hue 'einschleichen', wenn sie nicht das gesamte verdammte südvietnamesische Volk hinter sich haben?

Die Militärs sagen: Sie haben das Volk terrorisiert. Na schön, aber: Wenn wir vom Terror reden, wer schlägt wen unterhalb der Gürtellinie? Wer hat die Helikopter, das Napalm, die Bomber? Bei wem ist das Geld, die Rüstung und das technische Können? Und außerdem: Möchtest Du lieber als Flieger über Hanoi abgeschossen oder von den Ky-Truppen gefangengenommen werden? Oder vielleicht beides nicht?

Die Militärs sagen: Freundchen, außerhalb der Armee ist es ungemütlich, mach Dir über die zuhause keine Gedanken, die alten Freunde sind eh nicht mehr da, bleib lieber bei uns und geh nach Vietnam!

Es ist deine Sache. Einige GI's haben statt nach Vietnam zu gehen lieber die Armee verlassen. Überleg's dir und wenn du dich nicht entscheiden kannst, sprich mit den Leuten in Berlin, Paris, Stockholm, Oslo, Amsterdam, Dänemark, Zürich, Großbritannien, Dublin, Italien, Westdeutschland, USA, Puerto Rico (mit den jeweiligen Kontakt-Adressen).

US-ENTWICKLUNGSHELFER: WEGEN VIETNAM MACHEN WIR NICHT MEHR MIT

Über 700 Entwicklungshelfer der USA, größtenteils im Peace Corps organisiert, haben der Regierung der Vereinigten Staaten den Dienst aufgekündigt. Sie arbeiteten teilweise jahrelang in Asien, Afrika, Mittel- und Südamerika. Wegen des amerikanischen Vietnam-Krieges brachen sie nun ihre Arbeit ab: "Wir sind in die USA zurückgekehrt, um jene Regierungsmethoden zu ändern, die nach unserer Meinung nur einem zu eng definierten Nationalinteresse und einer Ideologie dienen. Wir haben beschlossen, nur eine solche Politik und solche Handlungen zu unterstützen und zu stärken, die der Welt im großen und ganzen dienen." Die zurückgekehrten Freiwilligen haben sich zu einem Komitee zusammengeschlossen und beabsichtigen, durch Aufklärungsfeldzüge ihre Landsleute über den wahren Charakter der amerikanischen Politik in der "Dritten Welt" zu informieren. Nachstehend veröffentlichen wir einen wesentlichen Auszug aus der Erklärung der ehemaligen Entwicklungshelfer zum Krieg in Vietnam:

"1) Wir sind gegen den Krieg in Vietnam, weil er in einem Entwicklungsland zerstört, was wir in so vielen anderen Entwicklungsländern aufzubauen versucht haben.

Die immer steigende Zerstörung, verursacht von den Truppen der USA, offenbart einen grundlegenden Widerspruch zwischen Aufbauenden und Zerstörenden. Jede Bombe in Vietnam, die eine Quelle zerstört, eine Brücke vernichtet oder den Tod eines Kindes verursacht, scheint gerade das zu zerstören, was wir in unserem Dienst für das Wichtigste hielten, wir, die daran gearbeitet haben, eine Schule oder eine Apotheke zu bauen, eine Quelle zu graben, der Bevölkerung zu helfen, eine Brücke zu bauen, auf der sie ihre Waren zum Markt bringen könnten; wir, die einem Kinde geholfen haben zu entdecken, was Elektrizität bedeutet. Deshalb müssen wir die Frage stellen, ob die USA jene Ziele, für die wir im Ausland gearbeitet haben, wirklich schätzen.

Wir waren nicht nur im Ausland, um Schulen, Straßen und hygienische Einrichtungen zu bauen, sondern auch, um einen Dialog zwischen Menschen verschiedener Kulturen einzuleiten. Jede Bombe, die wir fallen lassen, jeder Bürger, den wir töten, verstärkt den Haß der Asiaten gegen die amerikanischen Eindringlinge. Statt in einen Dialog zu kommen, bringen uns unsere Handlungen in Vietnam ein Erbe an Kummer; eine Last, die wir in der Zukunft zu tragen haben.

2) Wir sind gegen den Krieg in Vietnam, weil er die Entwicklung der eingeborenen Führungskräfte verhindert, die für die Bedürfnisse und Wünsche der Bevölkerung verantwortlich sein sollen.

Wer für die Entwicklung eines Gemeinwesens gearbeitet hat, weiß, daß Projekte nur durchführbar sind, wenn die Bevölkerung selbst ein Bedürfnis für sie fühlt und sich selbst für die Realisierung einsetzt. Projekte gedeihen nicht, wenn Außenstehende den Menschen ihre eigenen Wertvorstellungen aufzwingen wollen, oder wenn Außenseiter ihnen die Anstrengung abnehmen. Menschen können auf Ideen, die ihren eigenen Interessen dienen, günstig reagieren - aber sie müssen bestimmen, was in ihrem besten Interesse liegt. Der Außenseiter kann durchaus Vorschläge machen, aber wenn sie nicht akzeptiert werden, kann man nichts machen.

In Südvietnam ist dem Militär ein großer Teil der Verantwortung für die Entwicklungsprojekte übertragen worden. Ohne Vertrauen zu den Grundprinzipien der Entwicklung von Gemeinwesen, bestehend die Militärs darauf, zu versuchen, Dorfbewohner aus Orten zentraler Beschlußfassung hinaus zu manipulieren oder in Internierungslager einzupferchen. Solche Methoden tragen wenig zu einem schöpferischen Wandel in der Gesellschaft noch zur Entwicklung lokaler Führungskräfte bei.

Durch die Anwesenheit in Vietnam hält die amerikanische Regierung jene an der Macht, die in erster Linie daran interessiert sind, die eigenen Privilegien zu erhalten, statt den Bedürfnissen und Wünschen des eigenen Volkes zu entsprechen. Kein Wunder, daß solche

Führer versuchen, die Verstrickung der Vereinigten Staaten in ihrem eigenen Lande fortzusetzen und auszudehnen. Unsere Regierung erreicht also ihr Ziel der Eigenverantwortung für die Entwicklung weder in der gestürzten Führungsschicht noch auf lokaler Ebene, wo sie mit der Bevölkerung auskommen soll.

3) Wir sind gegen den Krieg in Vietnam, weil wir glauben, daß er die demokratischen Ideale, für die wir im Ausland gearbeitet haben, und die wir in USA billigen, aushöhlt. Während wir im Ausland arbeiteten, gehörten zu unseren Hoffnungen und Zielen die Entwicklung gerechterer und demokratischer Gesellschaften. Wir lernten, daß die Hindernisse, die der Entwicklung demokratischer Traditionen und Institutionen entgegenstanden, nur durch anhaltendes einheimisches Streben nach Wandel aus dem Wege geräumt werden können. Diese Hindernisse können nicht aus dem Wege geräumt werden, wenn diejenigen, die die Wandlungen verhindern wollen, von außen unterstützt werden.

In Vietnam unterstützen die USA die Interessen einer kleinen Machelite militärischer Führer und Gutsherren, die den anderen vietnamesischen Gesellschaftsschichten die Teilnahme an politischen Entscheidungen verbieten und die Teilhabe an den Früchten ökonomischer Entwicklung vorenthalten. Infolgedessen trägt unsere Politik mehr zur Unterdrückung als zur Befreiung und zum Wachstum der Demokratie bei.

Der Krieg unterminiert gleichzeitig demokratische Traditionen in den USA. Man neigt immer mehr dazu, auftretende Meinungsverschiedenheiten als unpatriotisch anzusehen oder als Verrat zu bezeichnen. Wir befürchten, daß eine Fortsetzung des Krieges Meinungsverschiedenheiten entweder durch Einschüchterung der Opposition oder durch Diskreditierung der Opponenten unterdrücken wird.

Außerdem wird der Abstand zwischen offiziellen Äußerungen und den gerade vorsichgehenden Tatsachen immer größer. Indem die USA immer tiefer in den Krieg verwickelt werden, ist es immer klarer, daß das Ziel ein militärischer Sieg ist, und daß unser bekundetes Interesse an Friedensverhandlungen nur recht oberflächlich ist. Solange unsere Regierung die Wahrheit verschleiert und zur gleichen Zeit ihre Gegner in schlechten Ruf zu bringen sucht, werden unsere traditionellen Ideale zu leeren Worten.

4) Wir sind gegen den Krieg in Vietnam, weil wir glauben, daß die kommunistische Rhetorik, welche wir benutzen um unsere Handlungen zu rechtfertigen, die Grundtatsache verdeckt, daß die heutige Welt grundsätzlich in Arme und Reiche geteilt ist.

Während unseres Auslandsdienstes stellten wir fest, daß der entscheidende Punkt in den Entwicklungsländern der Kampf gegen Hunger und Unrecht, Unwissenheit und Krankheit ist, ganz gleich, ob es sich um koloniales Erbe oder um einheimische Feudalistische Tradition handelt. Die Annahme weltumspannender kommunistischer Verschwörung, welche vor zwei Jahrzehnten unser Verhalten gegenüber Osteuropa bestimmte, ist für unsere Beziehungen zu nicht-industrialisierten Ländern unerheblich. Die Bewegungen für schnellen Wandel, ob revolutionär oder friedlich, sind in diesen Gegenden wesentlich nationalistisch. Obwohl von ihren Gegnern oft als kommunistisch bezeichnet, versuchen die meisten dieser Bewegungen, Rechte und Verhältnisse zu erringen, die längst ein Bestandteil amerikanischen Lebens sind.

Wenn die Versuche, in Entwicklungsländern grundsätzliche Menschenrechte zu sichern, Erfolge zu zeigen beginnen, reagieren die USA viel zu häufig mit Bedingungen militärischer Hilfe oder mit Interventionen, um diese Versuche zu verhindern, statt gewerbliche Hilfe zu leisten. Das spiegelt sich in der Tatsache, daß die Summe, die die USA in Vietnam kriegsbezogen ausgeben, achtmal mehr beträgt als das Gesamtbudget für Wirtschaftshilfe für die ganze Welt. Alle zwei Tage wird für den Krieg in Vietnam eine Summe ausgegeben, die dem Jahres-Haushalt des Peace-Corps entspricht. Für diese Entwicklungsländer ist aber nicht der springende Punkt, den Kommunismus militärisch in Schranken zu halten. Daß das Problem nicht in erster Linie ein militärisches ist, beweisen Schätzungen, daß auf jeden getöteten Soldaten in Vietnam zwei bis zehn getötete Bürger entfallen. Die entscheidende Frage, sowohl gegenüber Vietnam als gegenüber der Welt, ist nicht diese, wie der Kommunismus in Schranken zu halten sei, sondern ob die Armen und Unterdrückten immer arm und unterdrückt bleiben werden, oder ob es ihnen gelingen wird, Wege zu finden, an allen gesellschaftlichen Errungenschaften teilzunehmen.

5) Wir sind gegen den Krieg in Vietnam, weil er die Versuche verhindert oder es unmög-

lich macht, die Bürgerrechte aller amerikanischen Bürger zu sichern und die Armut in den USA zu besiegen.

Die in den USA bestehenden Ungerechtigkeiten, besonders die Rassenprobleme, waren vielleicht die größte Last, die wir während unseres Auslandsaufenthaltes zu tragen hatten. Wir wurden dauernd nach der Rassensituation in Amerika gefragt. Bis zur Mitte der sechziger Jahre konnten wir antworten, daß die Lage sich ändert und daß Fortschritte gemacht werden. Der Vorrang, der dem Kampf für Bürgerrecht einst zugestanden wurde, scheint jedoch vergessen zu sein, ebenso wie nationale Energien zunehmend für den Krieg in Vietnam verbraucht werden.

Während wir im Ausland gearbeitet haben, glaubten wir, beim Aufbau anderer Gesellschaften mitzuwirken. Wir kehrten mit dem Wunsch in die USA zurück, bei dem Aufbau unserer eigenen Gesellschaft behilflich zu sein und besonders bei den Versuchen, die Armut im eigenen Lande zu beseitigen, mitzuwirken. Jetzt müssen wir feststellen, daß immer weniger Mittel für den Kampf gegen die Armut zur Verfügung stehen. Die Bomben, die auf die Häuser, Schulen und Brücken Vietnams fallen, werden mit Geldern erkauft, die für Erziehung, Behausung, den Bau von Kliniken und zahllose andere Bedürfnisse unterprivilegierter amerikanischer Bürger ausgegeben werden könnten.

Infolgedessen müssen wir einige anti-amerikanische Vorwürfe wiederholen, denen wir im Ausland begegneten. Der immer steigende Vorrang militärischer Ausgaben führt dazu, daß wir uns fragen müssen, ob die Vorwürfe etwa stimmen, die Regierung der USA habe beschlossen, anderen Menschen in der Welt ihre Weltanschauung und ihren Willen aufzudrängen, und sie mache zu wenig Anstrengungen, die im Ausland herausgestellten Ideale zuhause zu praktizieren.

6) Wir sind gegen den Krieg in Vietnam, weil unsere Handlungen in Vietnam uns täglich näher an einen totalen Krieg mit China oder Rußland heranführen, obwohl uns täglich das Gegenteil versichert wird.

Während uns die dem Krieg zugrunde liegenden Faktoren und die Gründe für unsere Opposition bewußt wurden, sahen wir immer klarer, daß die Intervention der USA in Vietnam nicht zu rechtfertigen ist. Jeden Tag wird deutlicher, daß es keine bleibende Lösung des Problems Vietnam geben kann, solange die amerikanischen Truppen dort kämpfen. Deshalb fordern wir unsere Regierung auf, ihre Truppen in Vietnam zurückzuziehen.

===== anzeigen =====

MITARBEITERIN GESUCHT

Schreibmaschineschreiben. Logisch denken. Steno. Für teilweise selbständige Büroarbeit. Anfragen beim EXTRA-Dienst unter Chiffre 6801.

GESUCHT WERDEN: Wiederverkäufer für Vietnam-Aufkleber und Enteignet-Springer-Aufkleber. Verkauf an Wiederverkäufer für DM 2,76 bzw. DM 2.00 pro DIN A 4 - Blatt. Zu erhalten bei Elke Regehr, 1 Berlin 15, Lietzenburgerstr. 96, 1 Stfl. IV.

===== bestellschein =====

Ich bestelle den Berliner EXTRA-Dienst ab 1968 bis auf weiteres, mindestens jedoch für drei Monate zum monatlichen Inlandsabonnementspreis von DM 5.00 (Auslandsabonnement: DM 6.00; Luftpost-Abonnement Ausland : DM 10.00). Der Dienst ist zu meiner persönlichen Information bestimmt. Journalistische Auswertung nur nach Sondervereinbarung. Das Abonnement kann jeweils zum 1. eines Monats, jedoch spätestens am 15. des Vormonats, gekündigt werden.

Den Abonnementspreis überweise ich im voraus auf das Konto der Westberliner Zeitungsgesellschaft mbh bei der Bank für Gemeinwirtschaft, Berlin 12, Kontonummer 4712, (Postscheckkonto der Bank: Berlin West 828 00).

NAME:
WOHNORT: ()
STRASSE:
DATUM: UNTERSCHRIFT: